

## Anfragen zum Plenum

in der 13. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

**Renate Ackermann**  
(GRU)

Angesichts der Tatsache, dass bei Dennenlohe in Mittelfranken mit einem Center Parcs ein touristisches Großprojekt geplant ist und dieses die Struktur des Tourismus in der Region erheblich beeinflussen würde, frage ich die Staatsregierung, ob die Existenz eines Center Parcs mit einer Größe von ca. 150 ha und mit 3.000 Besuchern den jetzigen Richtlinien des LEADER-Programms der EU widersprechen und somit die Förderung der Region Hesselberg im Rahmen dieses Programms unmöglich machen würde?

**Dr. Thomas Beyer**  
(SPD)

Wie beurteilt die Staatsregierung die Auswirkungen der Einrichtung von Umweltzonen auf das Gewerbe der Marktkaufleute und Schausteller, die in besonderer Weise auf die langfristige Nutzung von Spezialfahrzeugen angewiesen sind, welche Maßnahmen plant die Staatsregierung diesbezüglich zur Herbeiführung möglichst bundesweit geltender Ausnahmeregelungen zu ergreifen und ist die Staatsregierung willens, vergleichbar mit anderen Bundesländern für eine Anerkennung kommunal erteilter Ausnahmegenehmigungen in allen landesweit bestehenden Umweltzonen zu sorgen?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Trifft es zu, dass die Direktionen/Ämter für Ländliche Entwicklung aufgrund Personalmangels fast keine neuen Maßnahmen der Dorferneuerung beginnen können, welche laufenden Maßnahmen werden derzeit bearbeitet und wie viele Maßnahmen stecken mangels Personal in der „Warteschleife“ (aufgeschlüsselt nach einzelnen Direktionen/Ämtern in Bayern)?

**Sepp Daxenberger**  
(GRU)

Womit wird legitimiert, dass die vom Freistaat gestellten Mitarbeiter der Kur GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain künftig nicht mehr über ein passives Wahlrecht für den Betriebsrat der GmbH verfügen sollen und sich somit nicht mehr als Betriebsrat bzw. Betriebsrätin wählen lassen können, obwohl das aktive und passive Wahlrecht für diese Mitarbeiter bei der Gründung der

Kur GmbH fest zugesagt wurde bzw. in einem Merkblatt des Finanzministeriums für alle Mitarbeiter der Bayerischen Staatsbäder zur Privatisierung aus dem Jahr 1998 erneut „voller Bestandschutz garantiert“ wurde und dezidiert erwähnt wurde, dass die vom Freistaat angestellten Mitarbeiter „das aktive und passive Wahlrecht zu den Betriebsräten, die nach der Privatisierung bei jeder Kurbetriebsgesellschaft gebildet werden können“ behalten würden?

**Thomas Dechant**  
(FDP)

Da im ADAC-Schulbus-Check Bayern zwei Schul- bzw. Linienbusse stichpunktartig lediglich als „ausreichend“ eingestuft wurden, die Linie 11 zwischen Mühldorf und Altötting sogar mit „mangelhaft“ wurden, frage ich die Staatsregierung aufgrund der besorgniserregenden Zustände, ob die Staatsregierung Kenntnis darüber hat, ob die Landratsämter der beiden betroffenen Landkreise bereits von den besorgniserregenden Zuständen wussten?

**Sabine Dittmar**  
(SPD)

Da nach meiner Kenntnis die Planung des staatstraßenbegleitenden Radweges zwischen den Gemeinden Thundorf, OT Rothhausen und Maßbach entlang der St 2281 eine erhebliche Kostenmehrung ergeben hat, sodass die beiden Gemeinden nicht in der Lage sind, den Eigenanteil zu leisten, und deshalb von der Weiterverfolgung des für die Region äußerst notwendigen Projektes (Lückenschluss zwischen den Landkreisen Schweinfurt – Bad Kissingen – Rhön-Grabfeld) und von der Bevölkerung schon seit Jahren sehnlichst erwarteten Projektes absehen, frage ich die Staatsregierung, wie sieht die Detailplanung und der Kostenplan für o.g. Projekt aus, wie erklärt sich die Staatsregierung die Kostenmehrung und sieht die Staatsregierung Möglichkeiten, durch einfachere Ausbaustandards die Kosten zu senken?

**Heinz Donhauser**  
(CSU)

Trifft es zu, dass am Rande des „Festes der Demokratie“ und im Rahmen des Umzuges des „Freien Netzes Süd“ am 7. Februar 2009 in Weiden sieben Polizisten verletzt wurden, wie kam es zu diesen Auseinandersetzungen und wie können künftige „(Bürger-)Feste der Demokratie“ oder ähnliche Veranstaltungsformen organisiert und geschützt werden, damit ein reibungsloser Ablauf gewährleistet wird?

**Dr. Sepp Dürr**  
(GRU)

Nachdem die Bundesregierung im letzten Jahrzehnt einige Initiativen bzw. Bundesprogramme auf den Weg gebracht hat, um Demokratie und Toleranz zu fördern sowie Rechtsextremismus zu bekämpfen (z.B. das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ oder „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“), frage ich die Staatsregierung, wie sie die Wirkung, Nachhaltigkeit und Reichweite dieser Maßnahmen beurteilt, welche Kommunen bzw. Initiativen sich in Bayern beteiligen und ob sie daran denkt, mit Landesmitteln die Wirkung dieser Initiativen zu verstärken.

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FW)

Wie sieht die aktuelle Situation im Schuljahr 2008/2009 in Bayern bezüglich der Klassenstärken aus (im Schuljahr 2007/2008 hatten 34,3 Prozent oder 3431 Klassen in Bayern 30 und mehr Schüler) d.h. konkret: Wie viele Klassen (in absoluten Zahlen und in Prozent aller Klassen) gibt es im Schuljahr 2008/2009 mit mehr als 30, 31, 32, 33 und mehr Schülern und wie lange wird es dauern, bis im Freistaat in allen Schularten keine Klasse mit mehr als 30 bzw. mit mehr als 25 Schülern sein wird?

**Günther Felbinger**  
(FW)

Nachdem noch bis ins Jahr 2004 hinein Ehrenamtliche ohne Vereinsbindung nicht gesetzlich unfallversichert waren und es seit 2008 in allen Bundesländern eine Versicherung für Ehrenamtliche außerhalb von Vereinen gibt, die zwar eine Haftpflicht- sowie eine Unfallversicherung beinhaltet, aber in der noch nicht geregelt ist, was passiert, wenn sich Ehrenamtliche, z.B. bei einem Einsatz oder einer Übung ihrer Freiwilligen Feuerwehr gegenseitig verletzen und damit den betrieblich Beschäftigten gleichgestellt werden – was bedeutet, dass sie sich nicht gegenseitig für Schäden haftbar machen können – frage ich die Staatsregierung, wie der Versicherungsschutz für ehrenamtliche Feuerwehrfrauen und -männer geregelt ist, die während eines Einsatzes oder einer Übung durch eigene Kameraden geschädigt werden?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den Rückmeldungen von Schulleitern der Gymnasien über nicht ausreichende Budgets der Lehrerstundenzuweisung für die kommende gymnasiale Oberstufe (G 8 und G 9), die ein unzureichendes Kursangebot zur Folge haben, in welcher Form werden die Budgets erhöht und sind dafür zusätzliche Haushaltsmittel vorgesehen?

**Thorsten Glauber**  
(FW)

Wie wurde das Los der Bahnstrecke R 21 Gräfenberg – Nürnberg von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft ausgeschrieben und zu welchen Zeiten werden welche Triebwagen (maximale Passagierzahl) eingesetzt?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Beabsichtigt die Staatsregierung in den Richtlinien zur Klassenbildung für das Schuljahr 2009/2010 im Bereich Grundschulen eine Absenkung der Klassengrößen und falls ja, wie hoch wird die Mindestgröße sein und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Klassenbildung im Schulamtsbezirk Oberfranken?

**Eva Gottstein**  
(FW)

Nachdem Herr Staatsminister Spaenle nach dem Amoklauf in Winnenden eine Aktualisierung der Krisenpläne an bayerischen Schulen gefordert hat, das Krisenmanagement nach unserem Dafürhalten an einzelnen Schulen einen unterschiedlichen Stellenwert hat und auch unterschiedlich gehandhabt wird, frage ich die Staatsregierung, wie die Durchführung vor Ort überprüft wird und in welcher Weise sichergestellt ist, dass das Konzept für den Krisenplan bei der Polizei hinterlegt ist?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Nachdem am Freitag, den 27. Februar 2009, in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass die Firma Südfleisch beabsichtigt, zum 30. April 2009 den Schlachthof Würzburg zu schließen und Tiere aus Unterfranken ausschließlich im Schlachthof Crailsheim (Baden-Württemberg) zu schlachten, frage ich die Staatsregierung, wie sie die vom Betreiber Südfleisch angekündigte Schließung des Schlachthofes Würzburg bewertet, welche Initiativen die Staatsregierung ergreift, um eine Schließung des Schlachthofes Würzburg abzuwenden bzw. eine unmittelbare Nachfolgelösung am Standort Würzburg (u.U. durch einen genossenschaftlichen Ansatz) zu finden und ob der Staatsregierung Informationen vorliegen, dass die Firma Südfleisch bzw. VION N.V beim Ausbau des Schlachthofes Crailsheim öffentliche Fördermittel erhalten hat?

**Eike Hallitzky**  
(GRU)

Nachdem die Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH (RMD) die Rodung von etwa 40 ha Wald und Weidengebüsch im Isarmündungsgebiet zur Wiederherstellung der Hochwassersicherheit plant, frage ich, wie hoch ist der Beitrag des Rückstaus der früheren Maisanbauflächen zur Aufhöhung der Wasserspiegel im Bereich Isarmündung bis Staatshafen, weshalb wird keine Rinnen- und Muldenlösung angestrebt, obwohl diese Lösung im Hochwasserfall wesentlich effektiver wäre und die nötige Rodungsfläche stark verkleinert werden könnte, und welche Maßnahmen werden zur Renaturierung der unteren Isar, die sich gleichzeitig positiv auf den Hochwasserschutz auswirken, ergriffen.

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Zu welchem Zeitpunkt haben welche Vertreterinnen bzw. Vertreter des Bayerischen Wirtschaftsministeriums mit Verantwortlichen der BMW AG abgestimmt bzw. darüber verhandelt, dass BMW das Gelände auf dem früheren Fliegerhorst Fürstenfeldbruck, das das Unternehmen für Fahrsicherheits-Training nutzen will, zuerst einmal nicht erwirbt, sondern nur pachtet?

**Dr. Leopold Herz**  
(FW)

Nachdem es beim bayerischen Kulturlandschaftsprogramm verschiedene Viehbestands-Intensitätsstufen gibt, frage ich die Staatsregierung, warum beim Kulturlandschaftsprogramm A 22 der maximale Viehbesatz 1,76 GV/ha HFF und beim Kulturlandschaftsprogramm A 11 (ökologischer Landbau) der maximale Viehbesatz 2,0 GV/ha LF beträgt?

**Claudia Jung**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, in welche Strecken und Bahnhöfe die Deutsche Bahn AG mit ihrem Konjunkturprogramm investiert und ob die Staatsregierung schon mit der Deutschen Bahn AG Gespräche geführt hat um gerade im bayerischen ländlichen Raum Investitionsmaßnahmen vorzunehmen.

**Annette Karl**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass auf der Homepage der Staatsregierung 50 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zur Verwendung für die Breitbandförderung angegeben werden, frage ich die Staatsregierung, ob es der Tatsache entspricht, dass aus dem Konjunkturprogramm II von der Staatsregierung nur 25 Millionen für die Breitbandförderung eingestellt werden, und

wenn ja, kommt die Zahl 50 Millionen nur aus der Hoffnung von Herrn Staatsminister Zeil, die Kommunen wären in der Lage, noch 25 Millionen draufzulegen, und wieso nimmt die Staatsregierung nur m.E. völlig unzulängliche 25 Millionen aus dem Konjunkturpaket für diese für den ländlichen Raum so wichtige Breitbandversorgung?

**Peter Meyer**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung zu den Liegenschaften des Freistaats Bayern, Kloster Marienweiher und Kloster Gößweinstein, ob die – etwa mit Schreiben der „Immobilien Freistaat Bayern; Regionalvertretung Oberfranken“ vom 20. Januar 2009 in Bezug auf Kloster Marienweiher – ausdrücklich geäußerten Verkaufserwägungen aufrecht erhalten werden, welche Planungen des Eigentümers Freistaat Bayern für die zukünftige Nutzung bestehen und unter welchen Voraussetzungen mit einem erneuten Verkaufsangebot seitens des Freistaats Bayern zu rechnen sein wird.

**Ulrike Müller**  
(FW)

Teilt die Staatsregierung die Auffassung, dass die Erteilung von Biopatenten nicht nachvollziehbar ist, da zur Erteilung eines Patentes die Sache neu, erfinderisch und gewerblich nutzbar sein muss, und wie wurde die Staatsregierung ganz allgemein aktiv, um solche Patente auf Gensequenzen von konventionell gezüchteten Tieren und Pflanzen (konkret im Fall des laufenden Patentantrages Einzelplan 1651777 Patent auf Zucht von Schweinen) zu verhindern, resp. ist der Staatsregierung die genaue Anzahl der beim Europäischen Patentamt angemeldeten Patente auf Gene von Mensch und Tier bekannt?

**Alexander Muthmann**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Gesamtsumme der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr (§ 45 a PBefG) als auch den festgelegten pauschalen Kostenersatz für ausreichend hält und wann und gegebenenfalls in welchem Umfang die Staatsregierung eine Anpassung der Sollkostensätze im Ausbildungsverkehr vornehmen wird, wenn die jetzigen Ansätze für unzureichend gehalten werden?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Nachdem für den FC Augsburg ein neues Stadion errichtet werden soll, an dem sich der Freistaat Bayern mit einem einmaligen Zuschuss einschließlich eines konkreten Finanzierungskonzepts sowie die Stadt Augsburg beteiligt, frage ich die Staatsregierung, wie sieht die Konzeption für den Neubau aus, insofern sie schon vorliegt, wie ist das konkrete Finanzierungskonzept und in welcher Höhe beteiligt sich die Stadt Augsburg an der Maßnahme (Titel 883 55-1)?

**Christa Naaß**  
(SPD)

Nachdem das Staatliche Rechnungsprüfungsamt im Jahr 2008 alle Bargeldverwaltungen geprüft hat und die Prüfungsmitteilungen dem ORH und dem Justizministerium seit Februar 2009 vorliegen, bitte ich um Mitteilung, zu welchen Ergebnissen die Prüfungen geführt haben, ob es neben den bereits bekannten Vorkommnissen in der Asservatenkammer in Nürnberg noch weitere Unregelmäßigkeiten gegeben hat, wenn ja, welche Konsequenzen daraufhin erfolgten.

- Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD)      Trifft es zu, dass die Gruppenstärken im Fachunterricht Werken/Textiles Gestalten zunehmen und dadurch die Sicherheitsmaßnahmen von den Lehrkräften nur unzureichend eingehalten werden können?
- Prof. Dr. Michael Piaolo**  
(FW)      Wie viele Absolventinnen und Absolventen der Meisterprüfung und der Meisterprüfung gleichgestellter Fortbildungsprüfungen sowie Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und Fachakademien haben im Zeitraum von Wintersemester 2006/2007 bis Ende des Wintersemesters 2008/2009 ein Studium an bayerischen Fachhochschulen aufgenommen, aus welchen beruflichen Branchen stammen diese jeweils und wie hoch war dabei die Studienabbrecherquote im Vergleich zur Abbrecherquote im Durchschnitt aller Studierenden an bayerischen Hochschulen?
- Mannfred Pointner**  
(FW)      Wann wird die Regierung von Oberbayern als zuständige Behörde den nach § 47d Abs. 1 Nr. 1 BImSchG in Verbindung mit Art. 8 a Abs. 2 Satz 1 BayImSchG bis 18. Juli 2008 geforderten Lärmaktionsplan für die Ortsdurchfahrt Unterschleißheim der Haupteisenbahnstrecke München – Regensburg vorlegen bzw. der Stadt Unterschleißheim zur Herstellung des erforderlichen Einvernehmens (Art. 8a Abs. 2 Satz 4 BayImSchG) zuleiten und wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?
- Karin Pranghofer**  
(SPD)      Da derzeit Stellen für „Jugendsozialarbeit an Schulen“ von immer mehr Schulen in Abstimmung mit ihren Jugendhilfeträgern nachgefragt werden, frage ich die Staatsregierung, welche Schulen in Bayern haben derzeit einen Antrag auf Einrichtung einer Stelle für Jugendsozialarbeit beim Staatsministerium für Arbeit und Soziales eingereicht und werden eine Förderung erhalten (bitte alle einzelnen Anträge regional zuordnen) und kann die Stadt Aschaffenburg als Jugendhilfeträger davon ausgehen, dass eine Stelle an der Hefner-Alteneck-Schule und der Pestalozzi-Schule in Aschaffenburg 2009 oder 2010 gefördert wird?
- Markus Rinderspacher**  
(SPD)      Unterstützt die Staatsregierung die Pläne der Klinikum München GmbH zur Einrichtung einer Palliativstation im Klinikum Neuperlach durch Aufnahme in den Krankenhausplan Bayern, damit die dort erbrachten Leistungen mit den Kostenträgern verhandelt werden können, und bis wann kann die Aufnahme in den Krankenhausplan mit welchen Maßgaben und Konsequenzen vollzogen werden?
- Dr. Martin Runge**  
(GRU)      Zu welchem Zeitpunkt wurde die Staatsregierung von der DB AG bzw. von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) davon in Kenntnis gesetzt, dass es beim Projekt „Zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke“ zu einer neuerlichen grundsätzlichen Umplanung im dritten Planfeststellungsabschnitt (PFA 3)

gekommen ist, nach dem auf die bislang immer vorgesehene Verzweigung der Strecke östlich der Isar und damit auch auf den Ast in Richtung Bahnhof Giesing, also den Bauabschnitt zwei im PFA 3, verzichtet werden soll, und wie meint die Staatsregierung lässt sich mit dieser den Verkehrsnutzen massiv reduzierenden Neuplanung der geforderte Nutzen-Kosten-Faktor in der Standardisierten Bewertung erreichen?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Da im ADAC-Schulbus-Check Bayern zwei Schul- bzw. Linienbusse stichpunktartig lediglich als „ausreichend“ eingestuft, die Linie 11 zwischen Mühldorf und Altötting sogar mit „mangelhaft“ eingestuft wurden, frage ich die Staatsregierung aufgrund der besorgniserregenden Zustände, wie sie die Ergebnisse des vom ADAC durchgeführten deutschlandweiten Schulbustests für Bayern beurteilt, welche technischen und sonstigen Vorschriften für Busse in Bayern für die Schülerbeförderung verpflichtend vorgeschrieben sind und ob es hier Unterschiede zwischen spezifisch gekennzeichneten Schulbussen und für die Schülerbeförderung eingesetzten Linienbussen gibt.

**Maria Scharfenberg**  
(GRU)

Wie viele syrische Staatsangehörige, die nicht über einen dauerhaften Aufenthaltstitel verfügen, befinden sich aktuell in Bayern, was ändert sich für diesen Personenkreis durch das am 3. Januar des Jahres in Kraft getretene Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Syrien und für wie viele dieser Personen werden derzeit auf dessen Grundlage aufenthaltsbeendende Maßnahmen vorbereitet?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Wie beurteilt die Staatsregierung die nach einem in zwölf Bundesländern von einem Automobilclub durchgeführten Schulbustest getroffenen Feststellungen, dass zwei Drittel aller Schulbusse unsicher seien und dass eine wesentliche Ursache der Mängel nicht ausreichende öffentliche Zuschüsse für die Schülerbeförderung seien und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um die Sicherheit bei der Schülerbeförderung mit Bussen zu erhöhen?

**Tanja Schweiger**  
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wann vorgesehen ist, ausstehende Fördermittel für die Arbeiten im Kanalnetz der Verwaltungsgemeinschaft Wolfsegg/Pielenhofen auszuzahlen, da nach Auskunft der VG für den Abschnitt 9 (Ortsteile Wall und Oel) noch 100.000 Euro, für den Abschnitt 10 (Ortsteil Hohenwarth) noch 279.000 Euro und für den Abschnitt 12 (Reinhardslaiten/Reinhardshofen) noch 100.000 Euro ausstehen.

**Adi Sprinkart**  
(GRU)

Wie hoch war in den Jahren 2006 bis 2008 in Bayern jeweils die Zahl der Erstbesamungen bei Rindern in Bayern und die Zahl der bei den Tierkörperbeseitigungsanlagen angelieferten Kälber ohne Ohrmarke (totgeborene Kälber), (falls diese Zahlen nicht gesondert vorliegen, die Zahl der Kälber insgesamt nennen)?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Nachdem seit 2006 das BayEUG Art. 86 verschärft worden ist, frage ich die Staatsregierung, wie viele Schulausschlüsse gab es seit dem an den Schulen (bitte Jahrgangsstufe, Dauer des Ausschlusses und Schulart getrennt angeben) und in wie vielen Fällen sind die örtlichen Jugendhilfeträger mit begleitenden Maßnahmen tätig geworden?

**Christa Steiger**  
(SPD)

Wie bewertet die Staatsregierung den Vorschlag der DB AG, dass für die Fahrradmitnahme in den Zügen des Regionalverkehrs generell ein sog. Kinderticket (50 Prozent des üblichen Fahrpreises) zu kaufen sei und dieser Kauf von den Gebietskörperschaften getätigt werden könne, welche Gebietskörperschaften in Oberfranken werden dies so handhaben und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, damit auch auf Grund der unterschiedlichen finanziellen Voraussetzungen der einzelnen Gebietskörperschaften eine DB-Kunden- und kommunalfreundliche, kostenfreie Fahrradmitnahme, insbesondere für den Schüler- und Pendlerbereich, endlich ermöglicht wird?

**Reinhold Strobl**  
(SPD)

Bedeutet die Aussage von Wirtschaftsminister Martin Zeil, welcher beim Jahresempfang der Wirtschaft Ostbayerns am 20. Februar in Regensburg lediglich die „Neufahrner Gegenkurve“ beziehungsweise den „Erdinger Ringschluss“ zur Bahnanbindung Ostbayerns an den Großflughafen München angesprochen hatte, dass damit das Konzept der so genannten „Marzlinger Spange“ verworfen wurde oder wie ist hier der Stand der Planung?

**Susanna Tausendfreund**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie sieht, den in Drucksache 16/244 dargestellten Plan zum barrierefreien bzw. zum behindertengerechten Ausbau der S-Bahnhöfe im Münchner S-Bahnnetz zu beschleunigen oder zumindest Verzögerungen der Baumaßnahmen zu verhindern und welche weiteren S-Bahnhöfe es über die Auflistung in der genannten Drucksache hinaus gibt, die noch nicht barrierefrei bzw. behindertengerecht ausgebaut sind und wann bei diesen jeweils mit dem Umbau begonnen werden soll?

**Tobias Thalhammer**  
(FDP)

Nachdem es im Artikel „Bohrungen könnte Erdbeben ausgelöst haben“ der Süddeutschen Zeitung Ausgabe Landkreis München vom 16. Februar .2009 für möglich gehalten wird, dass Geothermiebohrungen Verursacher der Erdbeben gewesen sein könnten, welche am 2. Februar 2009 von verschiedenen Messstationen im Landkreis München aufgezeichnet wurden und behauptet wird, dass die geringe Tiefe der Beben und das vermutete Zentrum bei Unterhaching auf ein durch Menschen induziertes Beben hinweisen, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese Schilderungen einschätzt, wo nach Kenntnis der Staatsregierung das genaue Erdbebenzentrum lag und sollten weitere Untersuchungen abzuwarten sein, wann genaue Angaben veröffentlicht werden?



**Hans Joachim Werner**  
(SPD)

Ist die Staatsregierung bereit, im Rahmen des Konjunkturpakets auch Maßnahmen der Katholischen Universität Eichstätt zu fördern, welche die inhaltlichen Anforderungen erfüllen, um auch auf diesem Weg dringend notwendige zusätzliche Impulse für die Wirtschaft in der Region Ingolstadt zu setzen?

**Jutta Widmann**  
(FW)

Gibt es bereits eine Vorauswahl für einen Standort für den Neubau eines südbayerischen Beschussamtes, wann wird die endgültige Entscheidung getroffen, und wie stehen nach dem aktuellen Verfahrensstand die Chancen für einen Bau des Beschussamtes in Landshut?

**Renate Will**  
(FDP)

Nachdem im ADAC-Schulbus-Check in Bayern zwei Schul- bzw. Linienbusse lediglich als „ausreichend“ eingestuft wurden, die Linie 11 zwischen Mühldorf und Altötting sogar mit „mangelhaft“, frage ich die Staatsregierung, ob und über welche Unfälle von Schulbussen in den vergangenen fünf Jahren in Bayern die Staatsregierung Kenntnis hat und ob es insbesondere für die Fahrstrecken Altötting – Mühldorf bereits bekannte Sicherheitsprobleme gibt, da es sich hier mit der B 12 um eine der unfallträchtigsten Bundesstraßen Deutschlands handelt.

**Ludwig Wörner**  
(SPD)

Da nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung Umweltminister Söder den Anwohnern der Autobahn zwischen Rosenheim und Kufstein einen lärmindernden Straßenbelag versprach, frage ich die Staatsregierung, wie weit ist diese Planung für den lärmindernden Belag auf dem oben genannten Autobahnabschnitt bisher geschehen, wie wird diese Baumaßnahme finanziert und wann soll sie realisiert werden?